

Heute

Auszeichnungen

LGT Bank erhält Bestnoten

VADUZ Die LGT Bank erzielte beim diesjährigen Markttest der Prüfinstanz Fuchs/Richter erneut ein «hervorragendes Ergebnis», wie die LGT gestern mitteilte. Für ihre Leistungen in allen Disziplinen wurde sie demnach mit der Gesamtnote «sehr gut» bewertet und bleibt die Nummer eins in Liechtenstein. Im Qualitätstest des «Handelsblatt Elite Reports» erhielt die LGT Bank das Prädikat «summa cum laude» und gehört einmal mehr zu den Top Ten der besten Vermögensverwalter im deutschsprachigen Raum. (red/pd)

Konjunktur

Ifo-Geschäftsklima hellt sich auf

MÜNCHEN Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im November unerwartet deutlich verbessert. Das Ifo-Geschäftsklima stieg zum Vormonat um 1,8 Punkte auf 86,3 Zähler, wie das Ifo-Institut am Donnerstag mitteilte. Ausserdem wurde der Wert für den Vormonat nach oben revidiert. Demnach war das wichtigste deutsche Konjunkturbarometer bereits im Oktober erstmals seit Mai gestiegen. Ökonomen hatten mit einer besseren Unternehmensstimmung gerechnet, waren aber für November von 85 Punkten ausgegangen. In den vergangenen Monaten hatten die Inflation und Probleme mit den Lieferketten den Stimmung Indikator belastet, der auf einer Umfrage unter rund 9000 Unternehmen basiert. «Mit den laufenden Geschäften waren die Unternehmen zwar weniger zufrieden, aber der Pessimismus mit Blick auf die kommenden Monate liess merklich nach», kommentierte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Die Rezession dürfte weniger tief ausfallen als viele erwartet hätten. (awp/sda/dpa)

Energie

Schweizer Stauseen zu 85,5 Prozent gefüllt

BERN Die Schweizer Stauseen sind derzeit zu 85,5 Prozent gefüllt. Damit liegen die Pegel gemäss neuesten Zahlen des Bundesamts für Energie (BFE) 9,7 Prozentpunkte höher als durchschnittlich zum selben Zeitpunkt in den letzten 20 Jahren. Die für die Schweizer Energieversorgung ebenfalls wichtigen Gasspeicher in Deutschland sind momentan zu 99,3 Prozent gefüllt. Der Füllstand bewegt sich damit über dem langjährigen Durchschnitt. Die letzten zehn Jahre betrug dieser zum selben Zeitpunkt 87,5 Prozent. Die Gasspeicher in Frankreich sind zu 98,5 Prozent und jene in Italien zu 93,7 Prozent gefüllt. Dies geht aus den täglich aktualisierten Daten des Branchenverbands Gas Infrastructure Europe hervor. Die Schweiz verbrauchte nach Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) im letzten Jahr 58 113 Gigawattstunden (GWh) Strom. Sind alle Stauseen komplett gefüllt, entspricht das einer Stromreserve von insgesamt 8865 GWh, also rund 15 Prozent des jährlichen Strombedarfs der Schweiz. (sda)

Klimaverträglichkeit: Schweizer Finanzmarkt hat noch Luft nach oben

Nachhaltigkeit Die Schweizer Finanzmarktbranche tut zwar schon einiges, um ihre Tätigkeit klimaverträglich zu machen. Es gibt aber noch Luft nach oben für weitere Verbesserungen.

Das hat ein Test des Bundes gezeigt, an dem über 130 Finanzinstitute freiwillig teilgenommen haben. Die Ergebnisse sind nach Angaben des Bundes repräsentativ für die Branche. Es gebe zunehmend positive Beispiele, schrieb das Bundesamt für Umwelt (Bafu) am Donnerstag zu den Ergebnissen. Und es sei Potenzial vorhanden für rasche weitere Anstrengungen. Der Test wurde auf Initiative des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) zusammen mit dem Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen (SIF) durchgeführt.

Die Rolle der Anleger

Ein Drittel der teilnehmenden Firmen hatten Klimastrategien und auch konkrete Klimaziele für 2050 oder früher. Und die meisten Unternehmen gaben an, als Anleger darauf hinzuwirken, dass Firmen ihr Geschäftsmodell klimafreundlich umgestalteten. Insgesamt nahmen die Investitionen in fossile Energien im Vergleich mit 2020 zwar ab. Aber noch werde in Öl- und Gasfirmen investiert, die ihre Produktion nicht senken, sondern ausbauen wollten, stellte das Bafu fest. Träten mehr Finanzinstitute mit Portfoliofirmen in einen koordinierten Dialog, könnte dies dazu beitragen, deren Pläne hinsichtlich Energiewende anzupassen. Luft nach oben für Verbesserungen gibt es auch bei den Gebäuden. Zwar heizte im laufenden Jahr ein Drittel der am Test teilnehmenden Unternehmen ihre Gebäude mit



Die Finanzbranche muss in Sachen Klimaverträglichkeit noch einige Hausaufgaben erledigen. (Symbolfoto: SSI)

erneuerbaren Energien, während dies 2020 erst jedes vierte Unternehmen tat. Es gebe aber Spielraum für weitere energetische Sanierungen.

Anreize für Sanierungen

Rund 40 Prozent der Firmen, die Hypotheken gewähren, insbesondere Banken, setzen Anreize für klimafreundliche Sanierungen. Das zeigt laut Bafu, dass der Finanzmarkt bei der Energiewende und einem Schub für Massnahmen zugunsten des Klimas eine wichtige Rolle spielen könne, so das Bafu. Es brauche aber weit

mehr Anstrengungen. Greenpeace Schweiz wirft der Branche in einer Mitteilung Trödelei vor. Die Politik müsse eingreifen, denn Freiwilligkeit führe nicht zum Ziel, die Branche klimaverträglicher zu machen. Die Politik müsse verbindliche Klimaziele setzen und einen Absenkpfad für die von Finanzinstituten verantworteten Treibhausgasen vorgeben. Der Klimatest für die Finanzbranche fand 2022 zum dritten Mal statt nach 2020 und 2017. Ein nächster Test ist für 2024 geplant. Getestet wurde nach der Methode Pacta (Paris Agreement

Capital Transition Assessment), eine standardisierte Analyse für globale Aktien, Unternehmensanleihen und Kreditportfolios. Dabei werden die Produktionspläne der in den Portfolios enthaltenen Firmen mit einer Entwicklung verglichen, die laut Internationaler Energieagentur nötig ist, um die maximale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Am freiwilligen Test teilgenommen haben 133 Finanzinstitute, davon 67 Pensionskassen, 20 Versicherungen, 31 Banken und 15 Vermögensverwalter und Vermögensverwalterinnen. (sda)

Fachkräftemangel thematisiert

Aktuell Der Fachkräftemangel ist in vielen Branchen allgegenwärtig. Im Rahmen einer Kundenveranstaltung wurde aufgezeigt, was Arbeitgeber diesem Problem entgegensetzen können.

Die Arbeitswelt ist in einem stetigen Wandel und die Herausforderungen heute sind riesig. Fachkräftemangel, Generationenwandel, digitale Transformation und Wertewandel, um nur einige der Herausforderungen zu nennen. Passend zu diesem Thema lud die Confida am vergangenen Mittwoch zu einem Vortrag zum Thema Fachkräftemangel ein, verbunden mit der Frage, wie die Arbeitgeberattraktivität gesteigert werden kann.

Viel Wissenswertes

Stephan Boner und Pascal Huber vonseiten der Fundamensch GmbH aus Chur zeigten in ihrem Kurzvortrag auf, wie und weshalb sich dieser Fachkräftemangel zu einem so grossen Problem entwickeln konnte, wie er in konkreten Zahlen und Fakten bewertet werden muss und gaben einen Blick in die Zukunft. Der demografische Wandel, die Tertiärisierung und der Brain Drain sind die wesentlichen Treiber der neuen Arbeitswelt und führen dazu, dass das Angebot an Arbeitskräften nicht mehr mit der Nachfrage zusammenpasst. Beide präsentiert zudem Ansätze, wie Arbeitgeber für die bestehenden aber auch neue Mitarbeiter attraktiv sind und weshalb eine gute Unternehmenskultur das zentrale Element dazu ist. Zu den attraktivitätssteigernden Massnahmen gehören beispielsweise flexible Arbeitszeiten und -mo-



Im Rahmen der Confida-Kundenveranstaltung wurden aktuelle Herausforderungen und deren Lösungsansätze thematisiert. (Foto: ZVG)

delle, flachere Hierarchiemodelle, Talentmanagement oder kontinuierliche Fort- und Weiterbildung. Im Anschluss hat Roger Bless, Teamleiter bei der Confia, die Vorzüge der Auslagerung der Lohnbuchhaltung präsentiert. Falsch berechnete Abzüge und Fehler bei der Unterstellung der Sozialversicherungen können schnell teuer werden. Mit der Übertragung

der Verantwortung für die Erstellung der Lohnabrechnung an einen Spezialisten lassen sich diese Risiken reduzieren, die Stellvertretung ist garantiert und der Unternehmer hat mehr Zeit und kann sich auf sein Kerngeschäft konzentrieren. Bei einem gemühtlichen Apéro und dem einen oder anderen Gespräch liess man den Abend ausklingen. (red/pd)

EU-Gaspreisdeckel

Notfallmassnahmen blockiert

BRÜSSEL Wegen des ungelösten Streits um einen europäischen Gaspreisdeckel haben Staaten wie Spanien und Italien eine EU-Einigung auf andere Notfallmassnahmen in der Energiekrise blockiert. Die Minister hätten sich prinzipiell geeinigt auf Notfallgesetze für gemeinsame Gaseinkäufe und schnellere Genehmigungen etwa von Solaranlagen, teilte Staatssekretär Sven Giegold nach einem Treffen für Energie zuständigen EU-Minister am Donnerstag mit. Der formale Beschluss solle aber erst bei einem weiteren Energie-Sonderrat am 13. Dezember getroffen werden. Grund ist Giegold zufolge, dass viele Staaten gleichzeitig den Gaspreisdeckel beschliessen wollen. Seit Monaten streiten die EU-Staaten um Massnahmen, um den angesichts des Ukrainekriegs stark schwankenden Gaspreis zu kontrollieren. Die EU-Kommission hat unter dem Druck einer Vielzahl von Staaten vorgeschlagen, unter bestimmten Umständen den Preis für Gas zu deckeln, das am Handelsplatz TTF verkauft wird. Das würde Grosskunden betreffen, die dort handeln - nicht die Endverbraucher, wie etwa bei der Gaspreibremse der deutschen Bundesregierung. Staaten wie Italien, Frankreich, Belgien, Malta, Spanien und Polen halten den Vorschlag allerdings nicht für ausreichend. Mehrere pochen nun darauf, die Notfallmassnahmen gemeinsam mit dem Gaspreisdeckel als Paket zu verabschieden. (awp/sda/dpa)